

VORARLBERGER MUNDART. Rheintal

"An gspäßiga Vögel."

ein sonderbarer, eigenartiger Mensch

QUELLE: VORARLBERGER MUNDARTWÖRTERBUCH, HUBERT ALLGÄUER



Wegausbau in Sibratsgfall geplant

SIBRATSGFÄLL Josef Peter Nußbaumer hat als Geschäftsführer der Straßengossenschaft Gschwend in Sibratsgfall um die Erteilung einer Bewilligung für den Lkw-befahrenen Ausbau eines 500 Meter langen Abschnitts des Güterwegs Gschwend (Nest) ange-sucht. Auch der Ausbau eines 170 Meter langen Wirtschaftswegs ist in der Bregenzerwälder Gemeinde geplant. Die mündliche Verhandlung findet in der kommenden Woche statt.



Bürgermeister Hans Bertsch übergibt sein Amt an Peter Halder.

Neuer Bürgermeister für Kennelbach

KENNELBACH Hans Bertsch, seit 2008 Bürgermeister von Kennelbach, legt sein Amt in jüngere Hände. Sein Nachfolger wird Vizebürgermeister Peter Halder. Da die letzte Wahl bereits mehr als drei Jahre zurückliegt, ist laut dem Gemeindevahlgesetz keine Volkswahl erforderlich. Es wird also von der Gemeindevertretung abgestimmt. Die öffentliche Sitzung mit der Wahl des neuen Bürgermeisters findet heute, Donnerstag, um 19 Uhr in der Villa Grünau statt. **AJK**

LOTTO
Ziehung vom 18. 4. 2018
Österreich
12 14 17 39 40 45 19
Joker: 779165

Schweiz
8 11 24 27 34 36 1
Replay: 5 Joker: 276966

Deutschland
2 4 7 10 35 37
Superzahl: 8 Spiel 77: 5534136
Super 6: 187430

LOTTO PLUS
Ziehung vom 18. 4. 2018
4 7 14 19 21 29

TOI TOI TOI
Ziehung vom 18. 4. 2018
8 5 7 7 8

EUROMILLIONEN
Ziehung vom 17. 4. 2018

15 27 33 39 50	4 6
Ox 5+2	Europot 25.723.280,13 €
5+1	797.614,70 €
5+0	61.924,50 €
4+2	2.672,50 €
4+1	173,30 €
3+2	94,00 €
4+0	56,10 €
2+2	17,40 €
3+1	15,50 €
3+0	12,70 €
1+2	9,00 €
2+1	8,40 €
2+0	4,50 €

ALLE ANGABEN OHNE GEWÄHR

Prüfer nicht ganz zufrieden

Gemeinden haben erst 50 Prozent der Rechnungshof-Empfehlungen umgesetzt.

BREGENZ Wenn in der Politik Konzepte und Visionspapiere erstellt werden, enden sie nicht selten in einer Schublade. Damit dies den Empfehlungen des Rechnungshofs nicht passiert, hat der Gesetzgeber Evaluierungsberichte vorgesehen. Drei Jahre nach den Kontrollen beurteilen die Prüfer, ob die Empfehlungen umgesetzt wurden. Kürzlich stand diese Nachkontrolle wieder an, am Mittwoch präsentierte der Landesrechnungshof das Ergebnis. Dessen Direktorin Brigitte Egger-Barghehr betont: „Was die Umsetzung der Empfehlungen betrifft, hinken die Gemeinden dem Land hinterher.“



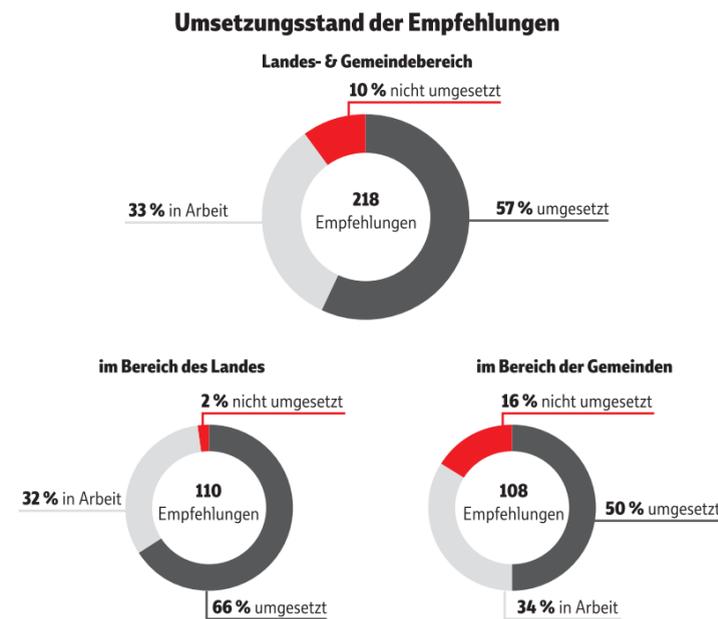
„Was die Umsetzung betrifft, hinken die Gemeinden dem Land hinterher.“

Brigitte Egger-Barghehr
Landesrechnungshofsdirektorin

Der Evaluierungsbericht umfasst zehn Prüfungen; sechs Landes- und vier Gemeindeprüfungen (Bezau, Nenzing, Alberschwende und die Baurechtsverwaltungen). Der Bericht des Landes ist bereits

seit einigen Wochen öffentlich, die VN berichteten. Auch den Gemeinden stellt Egger-Barghehr ein gutes Zeugnis aus. „Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die Gemeinden bemüht sind, Schulden zu reduzieren.“ Insgesamt haben die Gemeinden 50 Prozent umgesetzt, 16 Prozent noch nicht. Der Rest ist in Arbeit. Beim Land sind nur noch zwei Prozent der Empfehlungen offen, 62 Prozent sind bereits erledigt.

Egger-Barghehr fährt fort: „Die Gemeinden haben vielfach nicht die Kapazitäten. Manchmal gehen aber auch die Meinungen auseinander. In Nenzing beispielsweise sind wichtige Empfehlungen zur internen Kontrolle noch nicht umgesetzt.“ So existieren in der Immobilien KG immer noch Einzelzeichnungsberechtigungen, was dem Vieraugenprinzip widerspricht. Die umfangreichste Prü-



VN-GRAFIK, QUELLE: LANDES-RECHNUNGSHOF

fung war jene der sechs Baurechtsverwaltungen, in die gesamt 36 Gemeinden involviert sind. Dass die Umsetzung am Ende eine politische Entscheidung bleibt, zeigt das Beispiel Blumenegg. 2016 bemängelte der Rechnungshof,

dass manche Verwaltungen den Bauwerbern Pauschalen für die Hilfe von Gestaltungsbeiräten verrechneten. Die Prüfer verwiesen auf das Verwaltungsverfahrensgesetz, worin es heißt, dass die Behörde bestimmte Kosten selbst übernehmen muss. Auch Portokosten fallen darunter. Der Zusammenschluss Blumenegg blieb aber dabei. Im Evaluierungsbericht rechtfertigen sich die Verantwortlichen: „Diese Vorgangsweise ist eine weitverbreitete Verwaltungspraxis und entspricht den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit.“ Egger-Barghehr ergänzt: „Der Rechtmäßigkeit sollte die Vorgangsweise halt auch entsprechen.“

MICHAEL PROCK
michael.prock@vn.at
05572 501-633

Ritsch fordert mehr gemeinnützigen Wohnbau

BREGENZ SPÖ-Klubobmann Michael Ritsch wirft der Landesregierung vor, aus der Leerstandserhebung falsche Schlüsse zu ziehen. „Die Leerstandserhebung untersucht nur den Blickwinkel der Vermieter, und ist auch hier alles andere als repräsentativ, weil es nur um jene geht, die eben nicht vermieten.“ Es sei nicht seriös, aus diesem beschränkten Blickwinkel politische Maßnahmen abzuleiten. „Abgesehen von der fehlenden Grundlage für eine solche Änderung im Mietrecht darf man nicht der Illusion aufsitzen, dass damit die Wohnraumproblematik in Vorarlberg gelöst werden kann“, fährt Ritsch fort. Ein paar Hundert Privatwohnungen würden nicht helfen, die Mieten zu reduzieren. „Die Interessen der Mieter werden in dieser Studie einfach ignoriert.“ Erst wenn die Zahl der gemeinnützigen Wohnungen eine bestimmte Höhe erreiche, könne sie in das Spiel um Angebot und Nachfrage eintreten und den Mietpreis von privaten Mieten drücken.

Vom Zukunftsfonds in die Bank

BREGENZ Eine der sechs Landesrechnungshofprüfungen betraf den Zukunftsfonds. Das Land kam der Empfehlung nach, die verbliebenen 45 Millionen Euro in das allgemeine Budget einzuzahlen und den Fonds aufzulösen. Das Geld ist nun als Rücklage für Krisenereignisse, etwa ein Hochwasser, vorgesehen. Im Spekulationsverbot wird dem Land zudem vorgeschrieben, dass nur konservativ veranlagt werden darf. Ausnahmen bilden strategische Unternehmensbeteiligungen. Die Hypo-Landesbank muss bekanntlich das Kernkapital aufstocken, gleichzeitig läuft eine variable Landesanleihe aus.

Die Landesregierung hat im Dezember 2017 deshalb beschlossen, die auslaufende Anleihe durch eine 36-Millionen-Anleihe zu ersetzen, die zum Kernkapital zählt. Diese ist als strategische Beteiligung klassifiziert, höher verzinst, aber riskanter. 30 Millionen davon stammen jedoch aus dem Geld des Zukunftsfonds, wie der Rechnungshof feststellt. Möglich ist das durch die weitreichenden Finanzbefugnisse der Regierung in der Präambel des Budgets. Egger-Barghehr betont: „Es ist nicht illegal und gutes Recht. Aber das Geld war für Krisenzeiten gedacht. Ich würde das noch einmal überdenken.“

Freud und Leid nach positivem Bescheid

Naturschutz bedauert BH-Entscheid zu geplantem Speicherteich.

ST. GALLENKIRCH „Es ist dies ein weiterer wichtiger Schritt für dieses Projekt. Mehr gibt es derzeit dazu nicht zu sagen“, kommentierte Silvertta Montafon Geschäftsführer Martin Oberhammer den gestern am späten Nachmittag zugestellten positiven Bescheid der BH Bludenz hinsichtlich des geplanten Speicherteichs Schwarzköpfe.

Schneesicherheit wichtig

Auch seitens der VP-Fraktion wurde dieser gestern mit Wohlwollen aufgenommen. „Der Bescheid und die darin formulierten Auflagen schaffen eine gute Rechtsgrundlage für das geplante Beschneigungsprojekt“, so VP-Klubobmann Roland

Frühstück und VP-Wirtschaftssprecherin Monika Vonier in einer ersten Reaktion auf den BH-Entscheid. Schneesicherheit sei ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor für den Tourismus. Insofern eröffne das „Ja“ der Behörde dem Monta-

fon die Entwicklungsperspektiven, die es für die kommenden Jahre braucht. „Dieses Großprojekt wird eine tiefgreifende und nicht wieder gutzumachende Wunde in einer sensiblen Hochgebirgslandschaft hinterlassen“, brachte hingegen

Grünen-Klubobmann Adi Gross sein Bedauern über den positiven Bescheid zum Ausdruck.

„Falsches Signal“

Auch der WWF Österreich meldete sich hinsichtlich des gestrigen VN-Berichts zu Wort und spricht von einem „völlig falschen Signal“. „Auch der Tourismus muss Grenzen respektieren und Naturschutz ernst nehmen“, so Hanna Simons.

Seitens des Naturschutzbundes sprach Hildegard Breiner von einer zu erwartenden Entscheidung. Dennoch sei es „sehr bemerkenswert“, dass dem Bescheid 30 Seiten an Auflagen anhängen. Ob man nach der Aarhus-Konvention eine Mitsprache beim Landesverwaltungsgericht erkämpfe, wollte Breiner vorerst noch offen lassen. „Es wäre für uns jedenfalls ein Referenzverfahren“, so die Russ-Preis-Trägerin. **VN-JS**

Grünes Licht für Speicherteich

BH-Bescheid wird SiMo heute zugestellt. Parteistellung für Naturschutz möglich.

ST. GALLENKIRCH Auf diesen RSB-Bescheid hat die Silvertta Montafon GmbH (SiMo) mit Spannung gewartet. Gestern, 16 Uhr, wurde er bei der Post in Bludenz aufgegeben und dürfte heute im Laufe des Vormittags in der SiMo-Zentrale in St. Gallenkirch einlangen. Der Bescheid der BH Bludenz zum Antrag der Liftgesellschaft für den Bau eines 307.200 Kubikmeter großen Speicherteichs wird für zufriedene Gesichter in Montafon sorgen. Denn mit seiner Unterschrift hat Bezirkskauptmann Johannes Nöbl gestern grundsätzlich grünes Licht für das umstrittene Beschneigungsprojekt gegeben. Das haben die VN vorab aus gut informierten Kreisen erfahren. Die Interessensabwägung ist demnach trotz negativer Umwelt- und Raumplanungsgutachten zugunsten des Bauprojekts ausgefallen. Allerdings nicht ohne Auflagen. Sie sollen seitensweise im



Auf 2100 Metern Seehöhe soll der Speicherteich Schwarzköpfe entstehen. Die BH Bludenz hat mittlerweile einen positiven Bescheid ausgefertigt.

soll auf 2100 Metern Höhe ein Beschneigungssteich mit einem Fassungsvermögen von 307.200 Kubikmetern, dessen Dammbau an der höchsten Stelle 26 Meter messen wird. Damit sprengt der Teich die gewohnten Dimensionen im Land. Gutachter für Naturschutz und Raumplanung hatten das Projekt negativ beurteilt.

Umstrittenes Großprojekt
Seit die VN am 16. Jänner erstmals Details der Pläne veröffentlicht haben, schlägt das Bauvorhaben hohe Wellen. Während Naturschützer von einem massiven Eingriff in die Natur und dem Überschreiten einer roten Linie sprechen, ist der Speicherteich für den Skigebietsbetreiber SiMo die Lebensader für die Zukunft. Das Projekt wird im Montafon von vielen als Basis für die weitere touristische Entwicklung gesehen. Es sei Voraussetzung

VN-Bericht vom 18. April 2018.

QUIZ

Wann wurde der Ort Stallehr erstmals urkundlich unter der Bezeichnung Stallehr erwähnt?

A 1355 C 1792
B 1646 D 1802

Antwort auf »A9